

# Ist eine teure Verwaltung auch gut?

**[24.08.2026] Deutschland leistet sich eine der teureren öffentlichen Verwaltungen Europas. Mehr Wirkung folgt daraus aber nicht automatisch. Eine Studie aus Österreich zeigt, dass es gute Organisation, qualifiziertes Personal und digitale Werkzeuge sind, die den Unterschied machen.**

Das [Zentrum für Verwaltungsforschung](#) (KDZ), ein Forschungs- und Beratungszentrum für den öffentlichen Sektor mit Sitz in Wien, hat eine umfassende Untersuchung zur Effizienz und Effektivität der öffentlichen Verwaltungen in Europa durchgeführt. Nun berichtet die [Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement](#) (KGSt) über den „European Public Administration Report 2025“. Demnach zeigt sich, dass Deutschland bei den Kosten der allgemeinen Verwaltung zu den vergleichsweise teuren Ländern gehört. Für den Kostenvergleich wurden Daten des EU-Statistikamts Eurostat ausgewertet, für die Betrachtung der Effektivität wurde der Government Effectiveness Index der Weltbank herangezogen. Im Jahr 2024 beliefen sich die Personal- und Betriebskosten der deutschen Kernverwaltung laut der KDZ-Untersuchung auf rund 1.570 Euro pro Kopf. Die Gesamtausgaben von Ländern und Kommunen entsprachen 23,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), rund 45 Prozent davon entfielen auf Personal- und Sachkosten.

## Hohe Kosten bedeuten nicht automatisch hohe Effektivität

Die Höhe der Ausgaben geht laut Bericht nicht automatisch mit einer höheren Verwaltungseffektivität einher. Luxemburg, die Schweiz und die nordischen Staaten weisen bei hohen Kosten auch hohe Effektivitätswerte auf. Andere Länder erzielen dagegen mit geringeren Ausgaben bessere Ergebnisse. Schweden etwa erreicht bei Kosten von rund 934 Euro pro Kopf einen Effektivitätswert von 1,77. Österreich kommt bei 1.548 Euro pro Kopf lediglich auf einen Wert von 1,51. Als entscheidend nennt der Bericht unter anderem institutionelle Qualität, qualifiziertes Personal, digitale Werkzeuge und den gezielten Einsatz vorhandener Ressourcen.

## Kommunale Ausgaben im europäischen Vergleich

Auch die Personal- und Sachkosten auf kommunaler Ebene unterscheiden sich europaweit erheblich. Sie reichen von 0,3 Prozent des BIP in Malta über 4,8 Prozent in Deutschland und 6,4 Prozent im EU-Durchschnitt bis zu mehr als 15 Prozent in Schweden, Dänemark und Finnland. Diese Spannweite ist allerdings kein unmittelbares Maß für den Verwaltungsaufwand, sondern bildet vor allem die Aufgabenverteilung im Staatsaufbau ab. Wo Kommunen Schulen, Kitas und Pflege selbst betreiben, fallen die Werte hoch aus. Wo sie nur wenige Aufgaben tragen, wie in Malta, Irland oder Zypern, sind sie niedrig. Für Deutschland kommt hinzu, dass viele dieser Aufgaben bei den Ländern liegen. Lehrkräfte etwa sind Landesbeschäftigte. Zusammengerechnet erreichten die Personal- und Sachkosten von Ländern und Kommunen in Deutschland 10,8 Prozent des BIP. Der EU-Wert lag bei 9,1 Prozent. Zwischen 2020 und 2024 stiegen die staatlichen Konsumausgaben pro Kopf in den untersuchten Ländern nominal um durchschnittlich rund 32 Prozent. Die Effektivitätswerte verbesserten sich im selben Zeitraum dagegen nur um durchschnittlich 0,07 Indexpunkte.

## **Schlussfolgerungen für deutsche Kommunen**

Die KGSt folgert daraus, dass Kommunen und öffentliche Verwaltungen ihre vorhandenen finanziellen und personellen Mittel so einsetzen sollten, dass sie den größtmöglichen Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger stiften. Entscheidend seien Investitionen in Digitalisierung und Aus- und Weiterbildung, eine transparente Verwaltungspraxis sowie die abgestimmte Zusammenarbeit aller Verwaltungsebenen. Gerade in föderalen Systemen könnten klare Zuständigkeiten und gute Koordination dazu beitragen, Doppelarbeit zu vermeiden. Die europäische Vergleichsperspektive zeige: Gute Regierungsführung ist keine reine Kostenfrage, sondern hängt von Qualität, Organisation und Umsetzung ab.

(sib)

- European Public Administration Report – Efficiency and Effectiveness of Government in the EU – Comparative Data for Public Administration Reform

Stichwörter: Allgemein, European Public Administration Report